

Rüstungskontrolle in der Nationalen Sicherheitsstrategie

Dahlmann, Anja; Kühn, Ulrich

Veröffentlichungsversion / Published Version

Stellungnahme / comment

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Dahlmann, A., & Kühn, U. (2022). *Rüstungskontrolle in der Nationalen Sicherheitsstrategie*. (IFSH Policy Brief, 02/22). Hamburg: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH). <https://doi.org/10.25592/ifsh-policy-brief-0222>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Rüstungskontrolle in der Nationalen Sicherheitsstrategie

Die Bundesregierung erarbeitet erstmals eine Nationale Sicherheitsstrategie. Darin sollte die Rüstungskontrolle, einschließlich Nichtverbreitung und Abrüstung, eine zentrale Rolle spielen. Denn obwohl weite Teile der Rüstungskontrolle in einer tiefen Krise stecken, ist es mehr denn je im sicherheitspolitischen Interesse Deutschlands, ihre Instrumente zu erhalten und weiterzuentwickeln. Die geplante Sicherheitsstrategie sollte daher:

- I** Rüstungskontrolle auf eine Stufe mit Verteidigungsfähigkeit und Dialogbereitschaft stellen, denn sie senkt Eskalationsrisiken, stärkt das Vertrauen in die eigenen militärischen Fähigkeiten und fördert die menschliche Sicherheit, sowie
- I** konkrete Vorschläge machen, wie Deutschland Rüstungskontrollinitiativen in internationalen Foren, einschließlich der NATO, vorantreiben und mit technischer Expertise sowie politischen Konzepten unterstützen kann.

Rüstungskontrolle ist ein integraler Bestandteil erfolgreicher Sicherheits- und Friedenspolitik. Sie hat entscheidenden Anteil an der Sicherheit Deutschlands und ist ein zentrales Instrument der regelgebundenen internationalen Ordnung. Die Nationale Sicherheitsstrategie muss dieser zentralen Bedeutung von Rüstungskontrolle Rechnung tragen, ihr Verhältnis zu Verteidigungsfähigkeit und Dialogbereitschaft klären und Handlungsoptionen aufzeigen. Trotz der tiefen Krise, in der sich Teile der Rüstungskontrolle aktuell befinden, kann die Bundesregierung in multilateralen Verhandlungsforen, in der NATO und im Verhältnis zwischen den USA und Russland proaktiv für die Rüstungskontrolle eintreten.

DEUTSCHLANDS WEG HIN ZU EINER SICHERHEITSSTRATEGIE

Die Bundesregierung erarbeitet derzeit erstmals eine Nationale Sicherheitsstrategie. Sie soll anderen sicherheitspolitischen Dokumenten wie dem Weißbuch der Bundeswehr, den Leitlinien zur Krisenprävention, der Cybersicherheitsstrategie oder auch einer künftigen Chinastrategie übergeordnet sein. Bei der Ausarbeitung federführend ist das Auswärtige Amt, weitere Ressorts sind beteiligt. Ende 2022 soll die Sicherheitsstrategie vorliegen. Den Auftakt zur Arbeit an dem Dokument machte eine Rede von Außenministerin Annalena Baerbock im März 2022. Dem folgte ein Konsultationsprozess mit Vertreter:innen aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft. Die Nationale Sicherheitsstrategie baut auf vorhandenen Strategien auf, insbesondere auf den Strategischen Kompass der EU vom März 2022 und das Strategische Konzept der NATO vom Juni 2022.

Die Strategie entsteht in einer Zeit, in der die Sicherheitslage Deutschlands durch zahlreiche, miteinander verbundene Krisen geprägt ist. Russlands Krieg gegen die Ukraine hat Deutschlands Verhältnis zu Russland grundlegend geändert und den Stellenwert der Landes- und Bündnisverteidigung erhöht. Allgemein werden multilaterale Lösungen durch die Rivalität zwischen den Großmächten USA, Russland und China erschwert. Die Auswirkungen des Klimawandels oder von Pandemien bedrohen Menschen unmittelbar in ihren Lebensgrundlagen. Diese und viele weitere Herausforderungen erfordern es, nationale und internationale Sicherheit umfassender zu betrachten. In ihrer Auftaktrede im März unterstrich die Außenministerin: „Abrüstung und Rüstungskontrolle bleiben zentraler Bestandteil unserer Sicherheit. Wir müssen Abrüstung und Rüstungskontrolle komplementär zu Abschreckung und Verteidigung denken.“¹ Das bedeutet: Ein umfassendes Sicherheitskonzept muss Rüstungskontrolle zentral integrieren – nicht in Abgrenzung, sondern ergänzend zu und gleichberechtigt mit Verteidigung.

„RÜSTUNGS-
KONTROLLE UND
VERTEIDIGUNG
MÜSSEN
GEMEINSAM
GEDACHT WERDEN.“

WAS IST RÜSTUNGSKONTROLLE UND WARUM IST SIE WICHTIG?

Rüstungskontrolle bedeutet, dass Waffen und militärische Fähigkeiten begrenzt werden. Dazu zählen Ausrüstung, Truppenteile, militärische Verhaltensweisen und Nutzungsarten von Waffen. Auch Militärstrategien, Produktionsstätten, zivile Produkte mit militäri-

scher Verwendbarkeit sowie geografische Zonen mit besonderer militärischer Relevanz sind Gegenstand von Rüstungskontrolle. In einem breiteren Verständnis schließt sie die Bereiche Nichtverbreitung und Abrüstung mit ein. So verstanden umfasst Rüstungskontrolle die strategisch-nukleare Rüstungskontrolle und die Nichtverbreitung und Abrüstung von Atomwaffen sowie die konventionelle Rüstungskontrolle in Europa und die sie stützenden Vertrauens- und Sicherheitsbildenden Maßnahmen. Des Weiteren zählen dazu Maßnahmen der Risikoreduktion sowie die Nichtverbreitung und Abrüstung von biologischen, chemischen und konventionellen sowie Kleinwaffen. Schließlich wird auch die humanitäre Rüstungskontrolle miteingeschlossen, die die Auswirkungen des Gebrauchs von Waffen auf den Menschen in den Blick nimmt. Sie orientiert sich an den Regeln des humanitären Völkerrechts.

Gerade wenn Konflikte eskalieren, wird Rüstungskontrolle zum unverzichtbaren Element der Außen- und Sicherheitspolitik. Denn: Im nuklearen Zeitalter trägt die Rüstungskontrolle zum täglichen Überleben bei. An erster Stelle reduziert sie die Anreize für einen atomaren Erstschlag. Zudem schafft sie Kommunikationskanäle, die in Krisenzeiten Konflikte entschärfen können. Darüber hinaus können Instrumente der Verifikation frühzeitig vor dem Ausbruch von Kriegen oder einer Ausweitung von Konflikten warnen. Transparenzmaßnahmen machen die Fähigkeiten und das Verhalten des Gegenübers erwartbarer und steigern so auch das Vertrauen in die eigenen militärischen Fähigkeiten, während sie gleichzeitig in einem laufenden bewaffneten Konflikt das Risiko einer unbeabsichtigten Eskalation verringern können, z. B. weil die Konfliktparteien mögliche Fehleinschätzungen gegenseitig ausräumen können. Des Weiteren verhindert Rüstungskontrolle nicht nur Rüstungswettläufe, sondern ermöglicht es Staaten auch, ihre Militärausgaben zu reduzieren. Rüstungskontrollpolitische Dialogforen können helfen, Krisen zu überwinden und

„RÜSTUNGS- KONTROLLE BERÜHRT STAATLICHE UND MENSCHLICHE SICHERHEIT.“

Waffenstillstandsabkommen abzusichern. Nach der Beilegung von bewaffneten Konflikten kann Rüstungskontrolle schließlich dazu beitragen, die Verbreitung von Waffen zu begrenzen.

Rüstungskontrolle berührt damit zentrale Aspekte staatlicher und menschlicher Sicherheit. Nuklearwaffen zu kontrollieren und abzurüsten ist auf strategischer Ebene ein Beitrag zum Erhalt der Menschheit. Jeder Nuklearkrieg, auch wenn er regional begrenzt wäre, hätte weltweite Folgen. Die Abrüstung und Nichtverbreitung konventioneller und kleiner Waffen wiederum stärkt den gesellschaftlichen Frieden und die Rechtsstaatlichkeit – Grundvoraussetzungen für die Sicherheit des Individuums und damit auch wichtige Pfeiler einer feministischen Außenpolitik, wie sie die Bundesregierung laut Koalitionsvertrag anstrebt.

ZUSTAND DER RÜSTUNGSKONTROLLE: EIN GEMISCHTES BILD

Obwohl Rüstungskontrolle, Nichtverbreitung und Abrüstung so zentral für die internationale Sicherheit sind, stecken weite Teile der Rüstungskontrolle derzeit in einer veritablen Krise. Allen voran betrifft dies die bilaterale nukleare Rüstungskontrolle. Ihre Strukturen erodieren schon seit längerem. Aktuell besteht sie nur noch aus einem einzigen Abkommen: dem Vertrag zur Verringerung strategischer Waffen – New START. Bereits 2002 traten zunächst die USA, dann



August 2022: Das russische Raketensystem Iskander während einer Vorführung auf dem Luftwaffenstützpunkt Kubinka nahe Moskau.
© picture alliance/dpa/TASS | Sergei Bobylev

Russland aus dem 1972 geschlossenen Vertrag über die Begrenzung von antibalistischen Raketenabwehrsystemen (ABM) aus. Zuletzt kam 2019 das Aus für den Vertrag über die Eliminierung aller landgestützten Mittelstreckensysteme (INF) von 1987.

Auch in der multilateralen nuklearen Abrüstung kriselt es. So zeigten die Atomwaffenstaaten in der Überprüfungskonferenz des nuklearen Nichtverbreitungsvertrages (NVV), die zuletzt im August 2022 stattfand, kein Interesse an konkreten Abrüstungsschritten. Zudem mehren sich Anzeichen beginnender Rüstungs-

wettläufe: Russland und die USA modernisieren ihre Arsenale und erweitern damit ihre militärischen Fähigkeiten. Auch China modernisiert seine Kurz- und Mittelstreckenpotentiale und baut neue Silos für seine strategischen Raketen. Die konventionelle Rüstungskontrolle in Europa wiederum steht vor dem Aus: Frühere Abkommen und Verträge wurden entweder aufgekündigt oder müssten dringend modernisiert werden.

Die Gründe für diesen Zustand liegen vor allem im nachlassenden Interesse der Großmächte. Als Ergebnis der unipolaren Machtstellung der USA nach Ende des Kalten Kriegs und später infolge der Anschläge vom 11. September 2001 verlor die klassische Rüstungskontrolle zwischen den USA und Russland zunächst in Washington partiell an Bedeutung. Bestimmte rüstungskontrollpolitische Begrenzungen wie den ABM-Vertrag betrachteten die USA zunehmend als unnötig. Russland wiederum begann kurze Zeit später mit der Modernisierung seiner Streitkräfte, teilweise unter Umgehung bestehender Verträge

„DIE TIEFE KRISE
DER RÜSTUNGS-
KONTROLLE TRIFFT
NICHT ALLE BEREICHE
GLEICHERMASSEN.“

wie dem INF-Abkommen. Aktuell verstärkt insbesondere die zunehmende Rivalität zwischen China und den USA regionale und globale Unsicherheitswahrnehmungen, wodurch Rüstungsdynamiken in Gang gesetzt werden.

Für Mittelmächte wie Deutschland wird es zusehends schwieriger, positiven Einfluss auf Rüstungskontrolle, Nichtverbreitung und Abrüstung zu nehmen. Zum einen erweist sich die Bipolarität der nuklear-strategischen Rüstungskontrolle zwischen den USA und Russland als strukturelles Hindernis, das den Einfluss Dritter fast unmöglich macht. Zum anderen schlägt die zunehmende Rivalität zwischen den Großmächten USA, Russland und China vermehrt auf multilaterale Prozesse durch. In internationalen Foren, in denen Deutschland durchaus Einfluss hat, beispielsweise im Nichtverbreitungsvertrag oder bei den Verhandlungen über autonome Waffensysteme im Rahmen der Vereinten Nationen (VN), ist die Vetomöglichkeit der Großmächte ein großes Hemmnis.

Jedoch: Nicht alle Bereiche der Rüstungskontrolle, Nichtverbreitung und Abrüstung sind im selben Maße von den beschriebenen Auflösungsdynamiken betroffen. Obwohl sich das Verhältnis zwischen Washington und Moskau durch den Ukrainekrieg deutlich verschlechtert hat, setzen beide weiterhin die meisten Bestimmungen des New-START-Vertrags um. Im Rahmen der NVV-Überprüfungskonferenz gibt es zwar keine Fortschritte, allerdings auch (noch) keine nennenswerten Rückschritte. Grundsätzlich greifen die existierenden Regeln und die Mitgliedsstaaten zeigen zumindest Interesse am Fortbestehen des Regimes. Auch in anderen Bereichen gibt es positive Entwicklungen: So ist etwa China 2020 dem multilateralen Vertrag über den Waffenhandel von 2014 beigetreten. 2021 trat der Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) in Kraft. Schließlich gibt es auch Bewegung im Verhandlungsprozess zum Verbot des Einsatzes von Explosivwaffen in dicht besiedelten Gebieten. Dieser wird voraussicht-

„AUCH OHNE
ANFÄNGLICHES
VERTRAUEN
KANN RÜSTUNGS-
KONTROLLE
GELINGEN.“

lich in eine freiwillige Selbstverpflichtung eines Großteils der verhandelnden Staaten münden.² All dies zeigt, dass Rüstungskontrolle, Nichtverbreitung und Abrüstung auch unter schwierigen internationalen Bedingungen durchaus möglich sind.

DIE ROLLE VON RÜSTUNGSKONTROLLE IN DER NATIONALEN SICHERHEITSSTRATEGIE

Die Bundesregierung muss in ihrer Nationalen Sicherheitsstrategie zunächst das Verhältnis zwischen Rüstungskontrolle, Dialogbereitschaft und Verteidigungsfähigkeit klären. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass Rüstungskontrolle auch dann gelingen kann, wenn zunächst das Vertrauen zwischen den Verhandlungspartnern fehlt. Die NATO hat dies beispielsweise während des Kalten Kriegs bewiesen: Die Harmel-Strategie setzte sowohl auf Abschreckung als auch auf Dialog und Entspannungspolitik, was letztlich den Weg hin zu bahnbrechenden Abkommen in der strategischen Rüstungskontrolle ebnete. In der Folge konnte die Rüstungskontrolle auch unter anhaltend ungünstigen Bedingungen stabilisierend wirken, weil sie auf beiden Seiten das militärische Lagebild verbesserte und damit das Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten stärkte.

Dies setzt allerdings voraus, dass der Wille und die Fähigkeit zum Dialog auch in schwierigen Zeiten auf allen Seiten vorhanden sind. Dialogbereitschaft

bedeutet dabei nicht, die eigenen Interessen und Werte aufzugeben. Vielmehr sollten sich diese in Rüstungskontrollvereinbarungen widerspiegeln und durch sie gestärkt werden. Um dies zu erreichen, muss Rüstungskontrolle in die eigene und bündnispolitische Verteidigungsstrategie integriert sein und gleichberechtigt neben Verteidigungsfähigkeit und Dialogbereitschaft stehen. In diesem Dreiklang können Rüstungskontrolle, Nichtverbreitung und schließlich auch Abrüstung die eigene Sicherheit stärken.

Eine Weiterentwicklung der militärischen Fähigkeiten Deutschlands und die Modernisierung der Bundeswehr sollten daher Hand in Hand gehen mit der frühzeitigen Planung rüstungskontrollpolitischer Initiativen. Diese Initiativen müssen im eigenen Bündnis, aber auch gegenüber dem Verhandlungspartner erstritten und offen diskutiert werden. Ein solch integrativer Ansatz ist im Interesse Deutschlands wie auch der NATO und unterstreicht die gemeinsame Verantwortung für die globale Sicherheit. Idealerweise sollte Rüstungskontrolle dabei zwei Voraussetzungen erfüllen: Sie muss die Sicherheit der beteiligten Staaten erhöhen und sie muss strikt reziprok und gegenseitig überprüfbar sein.

WIE DEUTSCHLAND DIE RÜSTUNGSKONTROLLE STÄRKEN KANN

Konkreter Handlungsbedarf besteht besonders bei der strategischen Atomwaffenkontrolle. Im Februar 2026 läuft das New-START-Abkommen aus. Es ist fraglich, ob die USA und Russland das Abkommen verlängern werden. Nach Auslaufen des Vertrags könnten beide Länder neue strategische Trägersysteme entwickeln, die der New-START-Vertrag derzeit noch beschränkt. Hyperschallwaffen etwa, die unter diese Kategorie fallen, bergen Eskalationsrisiken. Beide Seiten sollten deshalb rasch ihren suspendierten Dialog über strategische Stabilität wiederaufnehmen.³ Deutschland könnte diesen Prozess etwa mit techni-

scher Expertise, die das Land im Bereich der Verifikation hat, unterstützen. In der NATO sollte Deutschland außerdem darauf hinwirken, dass die Verbündeten sich auf Einsatzregeln für Hyperschallwaffen verständigen.⁴

Ebenso entscheidend für die Sicherheit Deutschlands wird es sein, russische Nuklearwaffen mit kürzerer Reichweite, die sich vor allem gegen europäische Ziele richten, auf die Rüstungskontrollagenda zu setzen. Dies könnte beispielsweise im Rahmen einer neuen INF-Initiative geschehen. Ein solcher Ansatz müsste auf verifizierbare Regelungen für den europäischen Raum, unter Einschluss des westlichen Teils Russlands, abzielen und auf beiden Seiten offensive wie defensive Systeme miteinschließen. Vor Beginn des russischen Kriegs gegen die Ukraine gab es beispielsweise für mögliche Transparenzmaßnahmen durchaus Spielraum.

In einer multipolaren Sicherheitsordnung sollte sich Deutschland vermehrt in den Rüstungskontrolldialog mit China einbringen. China rüstet auf und zeigt kein Interesse daran, seine Atomwaffen einzuschränken, solange die USA und Russland über deutlich mehr Nuklearwaffen verfügen. Deutschland könnte sich vor allem bei der regionalen Vertrauensbildung in Ostasien, bei der Verifikation und bei der Risikoreduzierung mit China engagieren.⁵

Auf multilateraler Ebene sollte Deutschland die Kompatibilität von Nichtverbreitungs- und Atomwaffenverbotsvertrag betonen. Die Nichtverbreitung, Abrüstung und Ächtung von Nuklearwaffen gehören zusammen, wenn das Ziel einer atomwaffenfreien Welt erreicht werden soll. Deshalb sollte Deutschland weiterhin als Beobachter an den AVV-Staatenkonferenzen teilnehmen und weitere multilaterale Abrüstungsforen, wie zum Beispiel die sogenannte Stockholm-Initiative, als politische Brücke zu den Nuklearwaffenstaaten nutzen. Dass Deutschland eine aktive Rolle in der

nuklearen Teilhabe der NATO hat, gleichzeitig aber für nukleare Abrüstung eintritt, ist kein Widerspruch, sondern eine Chance, beide Komponenten in einem konstruktiven Dialog zusammenzuführen.

Die NATO hat sich auf eine Abschreckungs- und Verteidigungsstrategie mit mehr und schneller verfügbaren Truppen in Osteuropa verständigt. Um die osteuropäischen Verbündeten noch besser zu schützen und einem Sicherheitsdilemma mit Russland im konventionellen und nuklear-taktischen Bereich vorzubeugen, sollte Deutschland den Ansatz vertrauensbildender Verteidigung innerhalb der NATO vorantreiben.⁶ Dafür müsste Deutschland in die eigenen schnellen Verlegungsfähigkeiten und in die integrierte Flugabwehr investieren. Dies müsste jedoch mit der Wiederaufnahme des konventionellen Rüstungskontrolldialogs mit Russland im Rahmen der OSZE verbunden werden.

Auch bei der humanitären Rüstungskontrolle kann sich die Bundesregierung einsetzen. Gerade das Zusammenspiel verschiedener neuerer Technologien wird die Kriegsführung in Zukunft stärker automatisieren und beschleunigen. Solche Entwicklungen sollten einen Platz in der Nationalen Sicherheitsstrategie finden. Deutschland sollte sich verstärkt für die Regulierung autonomer Waffensysteme (AWS) einsetzen, insbesondere für ein rechtsverbindliches Gebot menschlicher Kontrolle über den Gewalteininsatz, und die konkrete Umsetzung dieser Norm unterstützen.⁷ Sollte die Blockade in den internationalen Gesprächen zu AWS bestehen bleiben, könnte die Bundesregierung einen alternativen Verhandlungsprozess in einem anderen Forum organisatorisch, finanziell und konzeptionell unterstützen.

Letztlich gilt: Wer Sicherheit und Frieden will, muss die entsprechende sozial- und naturwissenschaftliche Forschung und Bildung stärken und den Austausch mit der Zivilgesellschaft nachhaltig fördern. Beides ist strategisch wichtig, damit die Politik nachhaltige

**„DIE WEITER-
ENTWICKLUNG
MILITÄRISCHER
FÄHIGKEITEN
UND RÜSTUNGS-
KONTROLLE GEHEN
HAND IN HAND.“**

Lösungen für Sicherheit und Frieden finden kann. Diesen wichtigen Aspekt deutscher Smart Power – gerade im sicherheitspolitischen Kontext – sollte die Nationale Sicherheitsstrategie gezielt aufgreifen.

FAZIT: DIE ZENTRALITÄT DER RÜSTUNGSKONTROLLE BETONEN

All diese Ausführungen zeigen, wie wichtig es ist, dass Rüstungskontrolle einen zentralen Platz in der Nationalen Sicherheitsstrategie erhält. Im Verbund mit Verteidigungsfähigkeit und Dialogbereitschaft erhöht sie die Sicherheit Deutschlands und seiner Verbündeten und trägt zu internationaler Stabilität und menschlicher Sicherheit bei.

Gerade weil das derzeitige Sicherheitsumfeld Deutschlands so prekär und instabil ist, bedarf es neuer Rüstungskontrollinitiativen. Diese müssen die Sicherheit der beteiligten Staaten stärken sowie reziprok und überprüfbar sein. Konkrete Anknüpfungspunkte für eine aktive deutsche Rüstungskontrollpolitik existieren. Eine Sicherheitsstrategie, die über den Zeithorizont einer Legislaturperiode hinausblickt, sollte die Rüstungskontrolle als zentrales Element deutscher Sicherheit selbstbewusst hervorheben.

ENDNOTEN

- 1 Auswärtiges Amt 2022: Außenministerin Annalena Baerbock bei der Auftaktveranstaltung zur Entwicklung einer Nationalen Sicherheitsstrategie, Berlin, 18. März: www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/baerbock-nationale-sicherheitsstrategie/2517738.
- 2 Vgl. Reaching Critical Will 2022: Process for a Political Declaration on the use of Explosive Weapons in Populated Areas: www.reachingcriticalwill.org/disarmament-fora/ewipa/political-declaration.
- 3 Zu konkreten Vorschlägen vgl. Fix, Liana; Heilmeier, Christoph; Kühn, Ulrich 2021: Für eine gemeinsame, friedliche und sichere Zukunft. Neunzehn Handlungsempfehlungen für die Zukunft von Rüstungskontrolle und strategischer Stabilität. Hamburg: Körber/IFSH, April.
- 4 Vgl. Thies, Tim 2022: Hyperschallwaffen in Europa. Wie die Rüstungskontrolle Schritt halten kann. IFSH Research Report Nr. 9, Hamburg: IFSH, S. 32.
- 5 Vgl. Meier, Oliver; Staack, Michael 2022: Chinas Rolle in der multilateralen Rüstungskontrolle. Bonn: Friedrich Ebert Stiftung, Juni.
- 6 Vgl. Mengelkamp, Lukas; Graef, Alexander; Kühn, Ulrich 2022: A Confidence-Building Defence for NATO. warontherocks.com/2022/06/a-confidence-building-defense-for-nato/.
- 7 Vgl. Dahlmann, Anja; Hoffberger-Pippan, Elisabeth; Wachs, Lydia 2021: Autonome Waffensysteme und menschliche Kontrolle. SWP-aktuell Nr. 31, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, April.

ÜBER DIE AUTOR:INNEN

Anja Dahlmann leitet das Berliner Büro des IFSH und ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungs- und Transferprojekt „Rüstungskontrolle und Neue Technologien“.

Dr. Ulrich Kühn leitet den Forschungsbereich „Rüstungskontrolle und Neue Technologien“ am IFSH sowie das gleichnamige Forschungs- und Transferprojekt.

ÜBER DAS PROJEKT

Dieser Policy Brief ist im Rahmen des Forschungs- und Transferprojekts „Rüstungskontrolle und Neue Technologien“ entstanden, das vom Auswärtigen Amt gefördert wird.

Gefördert vom:



Auswärtiges Amt

ÜBER DAS INSTITUT

Das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (IFSH) erforscht die Bedingungen von Frieden und Sicherheit in Deutschland, Europa und darüber hinaus. Das IFSH forscht eigenständig und unabhängig. Es wird von der Freien und Hansestadt Hamburg finanziert.

Gefördert von:



Hamburg

Behörde für Wissenschaft,
Forschung, Gleichstellung
und Bezirke

DOI: <https://doi.org/10.25592/ifsh-policy-brief-0222>

Copyright Cover Photo: dpa Picture Alliance | Thomas Trutschel Text License: Creative Commons CC-BY-ND (Attribution/NoDerivatives/4.0 International).



IFSH – Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg

Beim Schlump 83 20144 Hamburg Germany Phone +49 40 866077-0 ifsh@ifsh.de www.ifsh.de